



## Protektion

Mit Rückendeckung der USA droht die Ukraine den seit sieben Jahren bestehenden »Volksrepubliken« Donezk und Lugansk mit Krieg. Russland will seine dortigen Staatsbürger verteidigen.  
Von Harald Projanski

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DONNERSTAG, 15. APRIL 2021, NR. 87 · 1,90 EURO (DE), 2,10 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

### Geübt

Autobahn GmbH: Verkehrsminister setzt auch mit neuem Projekt Millionen Euro in den Sand

3

### Geschlagen

Rechte Gewalt: Opferberatungsstellen aus Thüringen und NRW veröffentlichen aktuelle Zahlen

4

### Gezockt

USA: Mit Coinbase ist der größte Handelsplatz für Kryptowährungen an die Börse gegangen

9

### Gelesen

Gedichte für den Depp in uns: Das Poesiealbum ehrt den unvergesslichen F. W. Bernstein

10

# Die Zerstörung der CDU

Blau-weiße Attacke im Machtkampf um Kanzlerkandidatur: Söders Angriff auf Laschet hat historische Parallele. Von Kristian Stemmler

Noch in dieser Woche soll die Entscheidung fallen, ob CDU-Chef Armin Laschet oder der CSU-Vorsitzende Markus Söder als Kanzlerkandidat für die Union in den Wahlkampf zieht. In einer turbulenten Sitzung der Bundestagsfraktion beider Parteien sprachen sich am Dienstagabend laut Medienberichten mehr Abgeordnete für Söder als für Laschet aus. Einzelne CDU-Abgeordnete, wie etwa Alexander Throm laut *Augsburger Allgemeine*, legten Laschet gar den Rückzug im Machtkampf nahe. Der Aspirant solle das »eindeutige Stimmungsbild auf sich wirken« lassen.

Die Ereignisse haben eine auffällige historische Parallele: Vor 42 Jahren, am 2. Juli 1979, entschied sich die Unionsfraktion nach einer mehr als siebenstündigen, hoch kontroversen Debatte für Franz Josef Strauß, ein erklärtes Idol Söders, als Kanzlerkandidat. Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht, Favorit des damaligen CDU-Chefs und späteren Kanzlers Helmut Kohl, zog den kürzeren. Aus einem bisher unter Verschluss gehaltenen Protokoll der Sitzung aus dem CDU-Archiv, das *junge Welt* zugespielt wurde, geht hervor, wie ähnlich das Vorgehen 1979 war. Auch damals setzte die CSU ihre Schwesterpartei unter Druck, versuchte ihren Kandidaten – wie heute Söder – mit dem Argument durchzuboxen, Strauß komme mit seiner zupackenden Art beim Wähler besser an als Albrecht. Das 107seitige Protokoll, aus dem *Spiegel online* am Dienstagabend zuerst zitiert hatte, macht deutlich, wie zerstört die CDU agierte – auch das eine Parallele zu heute.

Im Gegensatz zur aktuellen Situation war die Union damals allerdings nicht in der Pole-position. Ein in der Bevölke-



Der Entscheidungsdruck in der Unionsfraktion ist groß, Markus Söder (CSU) fährt schweres Geschütz auf

rung beliebter Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) regierte an der Spitze einer sozial-liberalen Koalition. Wie Söder zierte sich auch Strauß lange, seinen Hut in den Ring zu werfen. Erst als sich abzeichnete, dass CDU-Chef Helmut Kohl Albrecht als Kandidaten vorschlagen würde, trat er an. Anders als heute waren die Kandidaten bei der Sitzung am 2. Juli 1979 nicht dabei. Auch gab es keine im Livemodus an Medien durchgesteckten Statements.

Strauß und Co. hatten im Vorfeld geschickt die Drohkulisse einer bundesweiten Aufstellung der CSU – damals unter dem Stichwort »vierte Partei« – aufgebaut. In der CDU lagen die Ner-

ven blank. Immer wieder vermerkt das Protokoll »Unruhe« und »Zwischenrufe«, CDU-Abgeordnete sprachen von »Erpressung« und »Skandal«. CDU-Mann Werner Broll beklagte sich, viele in seiner Partei verträten die Ansicht: »Nehmen wir doch Franz Josef Strauß, sonst gibt es ja doch nur weiteren Krach, denn jeder andere wird sowieso von München aus kaputtgemacht.« Eine Entscheidung »unter einem solchen Druck« sei »politisch nichts wert«. Broll kritisierte auch, dass jeder, der in der Fraktion an Kohl herumörgele, »seine Großmutter verkaufen würde«, um mit seiner Kritik in die Zeitung zu kommen.

Am Ende gab es damals – im Gegensatz zur Sitzung am Dienstag – eine Abstimmung, bei der Strauß mit 135 Stimmen gegenüber 102 für Albrecht triumphierte. Die Fortsetzung ist bekannt: Strauß unterlag Schmidt bei der Bundestagswahl 1980 krachend, für seinen Widersacher Kohl war der Weg frei.

Wie groß der Entscheidungsdruck in der Unionsfraktion aktuell ist, brachte der frühere Fraktionschef Friedrich Merz (CDU) zum Ausdruck: »Wir sind noch ganze drei Prozentpunkte von einer Bundeskanzlerin Annalena Baerbock entfernt. Wir drei runter, die Grünen drei hoch – dann ist die Bundestagswahl 2021 gelaufen.«

## Corona: Bundestag soll später bremsen

Verabschiedung des neuen Infektionsschutzgesetzes erst für kommende Woche erwartet

Die neuen Vorgaben sollten zunächst so schnell wie möglich durch die Parlamente gebilligt werden, doch die Bundesrepublik steuert langsamer als geplant auf bundesweit einheitliche Regelungen in der Coronapandemie zu. Dabei steigen die Infektionszahlen deutlich. So lag am Mittwoch morgen die sogenannte Sieben-Tage-Inzidenz nach Angaben des Robert-Koch-Instituts (RKI) bei 153,2.

Ähnlich hoch hatte sie zuletzt Mitte Januar (155 am 13. Januar) während der zweiten Infektionswelle gelegen. Auch die Intensivstationen füllen sich.

Dennoch ist eine Verabschiedung eines neuen Infektionsschutzgesetzes im Bundestag in dieser Woche vom Tisch, im Parlament wird noch über Änderungen beraten. Am Montag soll eine neue Version unter anderem den Gesundheitsausschuss passieren, die nach aktueller Planung dann am Mittwoch vom Plenum verabschiedet würde.

»Die bisherigen Maßnahmen haben nicht den erhofften durchschlagenden Erfolg gebracht«, sagte SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese gegenüber *dpa* am Mittwoch. Klar sei aber auch, dass der Bundestag bei den neuen Regeln noch

nachbessern müsse. »So sollte zum Beispiel Sport und Bewegung im Freien durchgehend weiter möglich sein. Ansteckungen finden nach Expertenmeinung fast ausnahmslos in Innenräumen statt«, sagte Wiese.

Der Kabinettsbeschluss sieht eine Reihe von Einschränkungen vor für Landkreise und kreisfreie Städte, in denen die Sieben-Tage-Inzidenz drei Tage hintereinander über 100 liegt. Dieser Wert gibt an, wie viele Menschen sich pro 100.000 Einwohner binnen sieben Tagen infizieren. So soll von 21 bis fünf Uhr der Aufenthalt außerhalb

einer Wohnung oder eines dazugehörigen Gartens im Grundsatz nicht erlaubt sein, wobei es Ausnahmen gibt.

Die Kapitalseite war mit dem zunächst vorliegenden Entwurf ebenfalls unzufrieden. Der Handelsverband HDE forderte Nachbesserungen an der geplanten nächtlichen Ausgangsbeschränkung. »Gerade in Zeiten der Pandemie geht es darum, das Kundenaufkommen zu entzerren.« Deshalb solle eine Ausgangssperre nicht vor 22 Uhr ansetzen, sagte HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth dem *Handelsblatt*.

(dpa/jW)

## USA verletzen laut UNO Menschenrechte

Genf. Von den USA angebotene Belohnungen für Informationen über vermeintliche Terroristen oder Terroraktivitäten im Ausland verstoßen nach Ansicht einer UNO-Berichterstatterin gegen die Menschenrechte. Alena Douhan, Berichterstatterin für die Thematik »negative Folgen für die Menschenrechte durch einseitige Zwangsmaßnahmen«, rief die US-Regierung am Mittwoch auf, das Programm abzuändern. Den Menschen, die von Informanten als mögliche Terroristen angeschwärzt werden, werde das Recht auf die Unschuldsvermutung und einen fairen Prozess abgesprochen, so die Berichterstatterin. Es verstoße auch gegen internationales Recht, Ausländer unter Androhung von Strafe zur Kooperation zu bringen, die selbst an Aktivitäten beteiligt sind, die die USA als terroristisch einstufen. Das Programm besteht im US-Außenministerium seit 1984. (dpa/jW)

## Wahlrechtskommission wird eingesetzt



Berlin. Union und SPD im Bundestag wollen nun doch noch eine Kommission für ein neues Wahlrecht einsetzen. Ein von der Koalition verfasster Antrag zur »Einsetzung einer Kommission zur Reform des Bundeswahlrechts und zur Modernisierung der Parlamentsarbeit« sieht ein Gremium vor, das sich aus neun Bundestagsabgeordneten und neun Sachverständigen zusammensetzt. Die Kommission war bei der im vergangenen Herbst von Union und SPD durchgesetzten Wahlrechtsnovelle im Bundeswahlgesetz verankert worden. FDP, Die Linke und Bündnis/90 Die Grünen hatten vergangene Wochenende kritisiert, dass gut ein halbes Jahr später noch immer keine Kommission existiert – obwohl das Gesetz eine »unverzügliche« Einsetzung im Bundestag vorsieht. Die Wahlrechtsreform wurde angestrebt, um eine Verkleinerung des Bundestags zu erreichen, der derzeit mit 709 Abgeordneten besetzt ist. (dpa/jW)

**jW** wird herausgegeben von 2.500 Genossinnen und Genossen (Stand 2.4.2021)  
www.jungewelt.de/lpg

